

Einbringung des Haushaltes 2012 BM Eberhard Petri

Zu Beginn seiner Einbringungsrede zum HH-Entwurf für das Jahr 2012 erinnerte BM Petri daran, dass dies mittlerweile der vierte doppische Haushalt sei, der von der Stadtverordnetenversammlung (StvVslg) zu beraten ist. Leider könne von Gewöhnung keine Rede sein, denn der Gesetzgeber habe angekündigt, dass noch in diesem Jahr nicht unerhebliche Änderungen im Gemeinde-, Gemeindefortschritts-, Haushalts- und Kassenrecht verabschiedet werden. Diese würden erhebliche Auswirkungen auf den Haushalt 2013 haben.

Obwohl Neckarsteinach mit der Erstellung der **Eröffnungsbilanz** sowie des **Jahresabschlusses mit Schlussbilanz 2009** bei den Gemeinden sei, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, fehle nach wie vor der Abschluss der Prüfung. Danach erst könne auch das zweite doppische Haushalts-Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Rückblick

Bei allen Sparbemühungen seitens des Magistrates und der Verwaltung wird auch 2012 kein ausgeglichener Entwurf des Ergebnishaushaltes vorzulegen sein. Dies sei nichts Neues, so BM Petri, sondern seit bereits 12 Jahren die Regel. Ein Fehlbetrag im Entwurf bedeute aber nicht auch einen Fehlbetrag im Ergebnis.

In den Jahren 2004 und 2005 bestimmten erstmals Fehlbeträge auch das tatsächliche Jahresergebnis. Diese Fehlbeträge konnten in den Jahren 2006 bzw. 2007 nicht nur ausgeglichen, sondern sogar ein Überschuss für die Rücklage gebildet werden. So konnte der Umstieg von der Kameralistik zur Doppik im Jahre 2009 unbelastet vollzogen werden.

Dem geplanten Fehlbetrag im ersten doppischen Haushalt 2009 (857.334 €) steht (noch ungeprüft) ein Überschuss von rund 231.000 € gegenüber.

2010 erhöhte sich aus verschiedenen Gründen der Fehlbetrag in der Planung auf 1.965.005 € (inkl. außerordentlichem Ergebnis). Auch hier ist eine erhebliche Verbesserung im Ergebnis zu erwarten, wobei aller Voraussicht nach erstmals wieder ein Fehlbetrag ausgewiesen werden muss.

Der HH-Entwurf 2011 wies aufgrund unverändert schwieriger Rahmenbedingungen erneut einen Fehlbetrag in der Planung von 1.993.414 €. Am Ende des Jahres lässt sich grob feststellen, dass ein Haushaltsausgleich auch in 2011 nicht zu erreichen sein wird. Hauptursache ist der fast komplette Ausfall der Gewerbesteuer, die essentielle Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung hatte.

Andere Einnahmen konnten nur bedingt zu einer wesentlichen Verbesserung beitragen. Lediglich bei den Sachaufwendungen sind leichte Verbesserungen zu erwarten, also weniger Kosten. In der Summe werden sich die Einnahme-Verluste auf der einen und die geringen Einsparungen auf der Ausgaben-Seite 2011 zu einem stattlichen Defizit addieren.

Der Fehlbetrag im Entwurf 2012 fällt um rund 383.000 € geringer als im Plan 2011 aus. Vereinfacht lässt sich sagen, dass sich diese Verbesserung auf die entsprechenden Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen zurückführen lässt. Luft für ein günstigeres Ergebnis ist bei den **Gewerbesteureinnahmen** zu erwarten. Die Verwaltung plane auch für 2011 sehr zurückhaltend, so BM Petri, obwohl diese Einnahmen eigentlich höher ausfüllen müssten. Die Entwicklungen in Neckarsteinach in den vergangenen drei Jahren sind entgegen dem allgemeinen Trend. „Hoffen wir, dass es 2012 bei der Gewerbesteuer wieder aufwärts geht.“

Eine höhere Belastung ergebe sich auch aus der Entwicklung bei den Hebesätzen aus **Kreis- und Schulumlage**, die mittlerweile auch im Kreis Bergstraße bei 58 % angekommen sind. Dies bedeute eine Belastung von ca. 1,8 Mio € im kommenden Jahr.

Bei den **Schlüsselzuweisungen** - zum einen geprägt von den Gewerbesteureinnahmen des Vor- oder Vorvorjahres und zum anderen von der allgemeinen Steuerentwicklung - stellte 2011 sowohl im Ansatz als auch im Ergebnis den absoluten **Negativrekord** dar, weit geringer noch als das bisherige Extrem im

Jahr 2000. Bereits 2010 hofften wir, einen weiteren Rückgang ausschließen zu können.

Etwas Luft für den Haushalt 2010 brachte eine hohe Gewerbesteureinnahme.

Bei diesen Einnahmen lag Neckarsteinach nie unter 500.000 €, konnte also auch die konjunkturellen Tiefphasen wider Erwarten stets meistern. Aller Voraussicht nach findet diese Serie 2011, wie oben bereits gesagt, ein Ende. Dies widerspricht dem allgemeinen Trend, von sprudelnden Mehreinnahmen aufgrund der guten Konjunktur kann in Neckarsteinach leider nicht die Rede sein.

Ergebnishaushalt 2012

Der Ergebnishaushalt schließt im Entwurf im Verwaltungsergebnis mit einem Fehlbetrag i.H.v. 1.376.909 € (Vorjahr: 1.767.949 €) und im Finanzergebnis mit einem Defizit i.H.v. 233.070 € (Vorjahr: 225.465 €) ab. Der Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis beläuft sich somit insgesamt auf 1.609.979 € (Vorjahr: 1.993.414 €).

Personalaufwendungen

Bei der Planung wurde über das gesamte Jahr betrachtet eine Tarifanpassung im Jahr von 1,4 % kalkuliert. Alles in allem ergeben sich Mehraufwendungen von knapp 49 T€. Im Kindergartenbereich macht sich der vollständige Krippenbetrieb bemerkbar, im Bereich der Kläranlage endet die Altersteilzeit eines Mitarbeiters.

Eine befristete Stelle in der Bauabteilung läuft zum 31.12.11 aus. Als Erweiterung vorgeschlagen wird für den Bauhof eine weitere Stelle. Das ist für die Stadtverordneten, die bereits in den vorherigen Legislaturperioden dabei waren, nichts Neues. Die ständig steigenden Anforderungen konnten im Jahre 2011 nur dadurch aufgefangen werden, dass fast durchgehend durch sog. soziale Arbeit Kräfte im Einsatz waren, die die Kollegen im Bauhof entlasteten. Dies wird in den kommenden Jahren nicht in dem Maße der Fall sein, so BM Petri.

Wie bereits im Magistrat, im Ältestenrat und auch im HFA dargestellt, werde das kommende Jahrzehnt von der **Sanierung des Kanalnetzes** geprägt sein. Selbst wenn man davon ausgeht, dass wesentliche Aufgaben auf ein Ingenieur-Büro extern vergeben werden, bleibe noch genügend Arbeit übrig, die in der Bauverwaltung zu erledigen sein wird. Da Hirschhorn vor den selben Herausforderungen stehe, dort sogar das Gehührensplitting bei der Abwassergebühr noch eingeführt werden muss, mache es Sinn, über eine neue gemeinsame Stelle mit Hirschhorn im Bereich der Eigenkontrollverordnung nachzudenken. Deshalb habe der Magistrat eine weitere Stelle im Stellenplan vorgeschlagen, die je nach Bedarf frei gegeben werden könne.

Sehr ausführlich begründete BM Petri dann seinen Vorschlag, für den Bereich Sitzungsdienst/Öffentlichkeitsarbeit eine neue halbe Stelle auszuweisen, die auch alternativ als Honorarkraft denkbar sei. Er sei sich dessen sehr bewusst, dass dies in Zeiten knapper Kassen gut begründet sein müsse.

Vielleicht nicht von allen spürbar befinde sich unsere Gesellschaft im permanenten Wandel. Neue Forderungen und Erwartungen an eine Kommunalverwaltung werden gestellt und sind zu erfüllen. Er erinnere an die Ausstattung mit ausreichend Krippen- und Kindergartenplätzen. Hier war und ist im hohen Maße die Kommunalpolitik gefordert.

Eine solche Herausforderung stelle sich auch im Bereich der **Kommunikation zwischen Verwaltung, Parlament und Bürgern**.

Die Anforderungen an eine transparente und nachvollziehbare Arbeit der Verwaltung wie auch der städtischen Gremien seien gewachsen. Bedauerlicherweise aber nicht die aktive Teilnahme an öffentlichen Sitzungen dieser Gremien und der Fraktionen bzw. der Parteien durch die Bürgerinnen und Bürger. Das habe viele Gründe.

Wenn die Bürger direkt erreicht und sogar eingebunden werden sollen, müsse die Kommunikation mit ihnen dringend auf den aktuellen Stand gebracht werden.

Als Stichworte dazu nannte BM Petri die redaktionelle Betreuung des Mitteilungsblattes, die Gestaltung und Pflege einer ansprechenden und informativen Homepage, ein aktives e-Mail-Management, bis hin zum Einsatz von Social Media (Facebook, Twitter, etc.).

Dies könne personell wie fachlich von der Verwaltung nicht geleistet werden.

Darüberhinaus könne die Betreuung der Feste durch die Verwaltung (dies wurde am 17.11.2011 in einem Treffen mit Vereinsvorständen breit diskutiert) nicht mehr in dem Maße erfolgen wie bisher.

Der Vorschlag für diese, sicher noch differenzierter zu erläuternden Tätigkeiten im Rahmen einer halben Stelle (oder das entsprechende Äquivalent in Euro für eine Honorarkraft) verstehe er als Anregung an die Stadtverordnetenversammlung, über diese Frage intensiv nachzudenken.

Als weitere, den Haushalt bestimmende Punkte nannte BM Petri die Folgen der **Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs**, mit dem 2011 in Hessen den Landkreisen und kreisfreien Städten ein Drittel des Grunderwerbsteueraufkommens ersatzlos gestrichen wurden. Um dies zu kompensieren, müssen sich die kreisangehörigen Gemeinden anteilig entsprechend ihren Umlagegrundlagen an den anfallenden Verlusten beteiligen. Dafür wurde eine sog. Kompensationsumlage geschaffen.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** erhöhen sich um 6 T€

Einen leichten Rückgang gibt es bei der **Zinsdienstumlage** im Rahmen der Konjunkturpakete. Bei deren Einführung hieß es, die Zinsen trage der Kommunale Finanzausgleich. Das Land hat deswegen aber nicht die Verteilmasse an die Kommunen reduziert, sondern die so genannte Zinsdienstumlage eingeführt. Damit werden die Schlüsselzuweisungen um die tatsächlich anfallenden Zinsen gekürzt. Da beide Vorgänge aber brutto zu buchen sind, erhalten die Kommunen die Schlüsselzuweisungen weiterhin voll, zahlen keine Zinsen, stattdessen aber eine Zinsdienstumlage in deren Höhe.

Finanzhaushalt/Investitionen

Wie bereits in den Vorjahren hat der Magistrat auch im Jahr 2012 den Investitionshaushalt auf ein finanzierbares Volumen reduzieren müssen, wobei vor allem viele 2011 nicht umgesetzte Maßnahmen 2012 nochmals veranschlagt werden. Hierbei ist vor allem die **Stadtsanierung** zu nennen. So stehen Maßnahmen im Umfang i.H.v. 928.700 € (2011: 1.251.850 €) im Haushalt.

Sie erfordern eine Darlehensaufnahme i.H.v. 759.000 € (Vorjahr: 939.850 €). Von der Darlehensgenehmigung 2011 hat die Stadt Neckarsteinach bisher erst 450.000 € des Investitionsfondsdarlehen in Anspruch genommen. Die bisherige Entwicklung lässt darauf schließen, dass der Restbetrag angesichts des geringen realisierten Investitionsumfanges nicht in Anspruch genommen wird. Somit bleibt man erheblich unter der prognostizierten Verschuldung. Wenn man berücksichtigt, dass ca. 400.000 € an Maßnahmen nach 2012 geschoben wurden, bedeutet dies, dass man im Saldo knapp das Ziel einer Nettoneuverschuldung verfehlt.

Größte Maßnahme im Investitionshaushalt 2012 wird die **Stadtsanierung** mit 377,5 T€ an Ausgaben sein. Danach folgt die Beschaffung eines Staffellöschfahrzeugs bei der **Feuerwehr** mit 186 T€.

Im Bereich der **Wasserversorgung** stehen mit der Leitungserweiterung Mittelzone (54 T€) und der Planung für die Parallelleitung Quellzusammenfluss (50 T€) zwei große Projekte auf der Agenda.

Auf der **Einnahmenseite** ist die größte Position der Landeszuschuss für das Feuerwehrfahrzeug mit 36 T€, wobei bei einer Kostensteigerung der Investition eine Drittfinanzierung des Mehrbedarfs durch Spenden angestrebt ist.

33 T€ stehen noch aus für die Bezuschussung der Maßnahme **Gehwege** an der L 535. 22 T€ lässt die Endabrechnung der Beiträge im Unterfeld erwarten, wobei rund 5 T€ die Stadt Neckarsteinach für das DGH Neckarhausen belasten werden.

Schulden

Der voraussichtliche Stand der Schulden (ohne Leasing) beträgt zu Beginn des Jahres 2012 ca. 5,85 Mio €.

Fazit

Nach dem schwierigsten Jahr überhaupt, was sich in der Haushaltsentwicklung 2011 abzeichnet, reduziert sich das Defizit für 2012 ein wenig. Im Bereich der Gewerbesteuer bleibt Luft für mögliche Ergebnisverbesserungen. Letztlich profitiert die Stadt

dieses Jahr von den Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen, deren Berechnung das schlechte Jahr 2011 zugrunde liegt. Ein Teufelskreis: erzielen wir 2012 wieder ein gutes Ergebnis bei der Gewerbesteuer, so leidet der HH 2013 unter rückläufigen Schlüsselzuweisungen.. Maßnahmen wie 2011 die Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer B oder die Hundesteuererhöhung und die inzwischen erfolgte Friedhofsgebührenerhöhung sind nur die oft zitierten ‚Tropfen auf den heißen Stein‘, die nur minimal den finanziellen Spielraum aufrecht erhalten können. Die Vergangenheit hat für Neckarsteinach gezeigt, dass es unter diesen Bedingungen dennoch möglich sein kann, im Haushaltsvollzug erhebliche Verbesserungen auszuweisen. Jedem verantwortlich denkenden Parlamentarier muss es allerdings zu denken geben, dass die große Mehrheit aller Kommunen in Hessen Probleme hat, selbst bei größter Sparsamkeit ihre Haushalte auszugleichen. Es mangle ganz offensichtlich an der notwendigen Finanzausstattung der Kommunen!